

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

226 (27.9.1917)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 00 3, 1/2 jährl. 2,70 M. Zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch Feldpost 1,06 M. bezw. 3,06 M., vorauszahlbar. Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Die Nationalliberalen am Scheidewege.

• Karlsruhe, 27. Sept.

Wie man aus einer an das „Berliner Tagblatt“ gerichteten Zuschrift erfährt, hat die gegen die Friedensresolution des Reichstags gerichtete Entschließung des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei keineswegs ungeheilte Zustimmung gefunden. Das Gros der nationalliberalen Reichstagsfraktion sei gegen die Entschließung gewesen, auch habe sich eine starke Minderheit gegen die unbedingte Ablehnung des parlamentarischen Regierungssystems ausgesprochen. Die nationalliberale Presse äußert sich sehr zurückhaltend. Einzelne nationalliberale Organe, wie die „Berliner „Vorzeitung“, wagen sogar eine wenn auch vorläufig abgegebene Kritik an dem Beschluß des Zentralvorstandes. Das Blatt meint, der Sitz neben dem Vorkriegselmel der Konserwativen sei nicht verlockend. Auch sonst enthält der Artikel der „Vorzeitung“ einige sehr spitze Bemerkungen. In der auswärtigen Politik des Reiches wird der Beschluß des Zentralausschusses kaum etwas ändern. Die Mehrheit des Reichstags für die Friedensresolution ist so groß, daß sie auf die Mitarbeit der Nationalliberalen verzichten kann. Auch auf die Haltung der Reichsregierung wird der Beschluß keinen Einfluß ausüben, denn ein Zurück von dem seitens des Reichskanzlers eingeschlagenen Wege ist nicht möglich, ohne einen Konflikt heraufzubehören, über dessen Ausgang man nicht im Zweifel sein kann. Dagegen wird die Haltung des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei in dieser selbst vorwiegend zu Konflikten führen, die für den weiteren Verlauf der innerpolitischen Entwicklung nicht ohne Bedeutung sind.

Es ist kein Geheimnis, daß die Zusammenziehung des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei und dessen Beschlüsse keineswegs identisch sind mit den Interessen und Stimmungen der nationalliberalen Wähler. In keiner Partei besteht zwischen Führerschaft und Wählern ein so großer Gegensatz wie bei den Nationalliberalen. Die Wähler bzw. die Mitglieder der nationalliberalen Partei haben auf die Zusammenziehung des Zentralausschusses fast gar keinen Einfluß. Dieser Zentralausschuß ist in der Hauptache nichts weiter als eine großkapitalistisch interessierte Clique. Als Anhängel sind ihm einige Vertreter der bundesstaatlichen nationalliberalen Parteiorganisationen beigegeben. Wie sehr das Gewicht der großkapitalistischen Interessenvertreter in diesem Zentralausschuß überwiegt, beweist die Tatsache, daß selbst die nationalliberale Reichstagsfraktion in dieser Angelegenheit zu keiner ihrer Bedeutung entsprechenden Geltung kommen kann, wenn es sich um Beschlüsse handelt, die das kapitalistische Profitinteresse berühren. Dazu kommt, daß die nationalliberale Presse in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu den großen Geldspendern der nationalliberalen Partei steht. Das hat sich gerade in der letzten Zeit in ganz auffällender Weise bemerkbar gemacht.

Wir haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß man die nationalliberale Partei nicht ohne weiteres mit den nationalliberalen Wählern in einen Topf werfen darf. Wäre die deutsche Politik nicht Jahrzehnte hindurch im Sumpf stecken geblieben, dann hätten die in der nationalliberalen Partei vorhandenen Gegensätze längst zu einer Spaltung dieser Partei geführt. Was sie notdürftig zusammenhält, war das nationale Element. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Mit dem nationalliberalen Feldgedröckel lassen sich nach den Erfahrungen des Krieges für die nationalliberale Partei keine politischen Geschäfte mehr machen. Es gibt in Deutschland keine Partei, der man auch nur mit einem Schein von Recht den Vorwurf der antinationalen Gesinnung machen könnte. Je weniger die nationale Phrase in der Politik eine Rolle spielt, um so stärker treten die übrigen Fragen, vor allem die der Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik, in den Vordergrund. Das wissen auch die Männer, die im Zentralausschuß der nationalliberalen Partei die erste Geige spielen. Ihre gegen die Mehrheit des Reichstags gerichtete „nationale“ Entschließung ist von rein materiellen Interessen diktiert. Für sie handelt es sich beim Kampf gegen einen Frieden der Verständigung vor allem darum, zu verhindern, daß die Kapitalisten entsprechend ihren großen Vermögen und Einkommen zur Deckung der Kriegskosten herangezogen werden. Sie fürchten die notwendig gewordene Durchstaatlichung der Wirtschaft, die Staatsmonopole, die teilweise Verstaatlichung, die direkten Reichssteuern, den Ausbau der Erbschaftsteuer, ferner und gut die finanziellen Folgen des Kriegswahnsinns, den wir den imperialistischen Machtbestrebungen des Kapitals zu verdanken haben. Deshalb schwören sie für den Annektionsfrieden und große Kriegsschadigungen und kümmern sich den Teufel darum, wie lange der Krieg noch geführt werden müßte, um einen solchen Frieden erzwingen zu können und welche Folgen ein solcher auf der brutalen Macht aufgebauten Friede ganz naturgemäß nach sich ziehen müßte. Wie einträchtig der Krieg für diese Sorte

Patrioten ist, dafür zeugen die Bilanzen der Aktiengesellschaften. Es sind also vornehmlich Gründe der inneren Politik, welche die Gegner des Verständigungsfriedens veranlassen, die Hege gegen den Reichstag zu injizieren. Wenn die nationalliberale Parteileitung sich zum Werkzeug einer solchen, die innere und äußere Politik Deutschlands aufs schwerste gefährdenden Hege ergibt, so kann das nicht ohne Folgen bei einem großen Teil der nationalliberalen Wähler bleiben. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die nicht kapitalistisch interessierten nationalliberalen Wähler eine solche auf großkapitalistische Interessen zugeschnittene Politik der nationalliberalen Partei nach diesem Kriege und den wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Erscheinungen, die er zeitigen wird, weiterhin unterstützt. Die Spaltung der nationalliberalen Partei bzw. die Zerlegung derselben rückt in das Bereich der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit. Wer wirklich liberal geglaubt ist, kann nicht einer Partei angehören, deren maßgebendste und einflussreichste Elemente freikonservativ sind.

Die Ausrichtung dieser die Politik der nationalliberalen Partei bestimmenden freikonservativen Elemente stößt schon aus rein finanziellen Gründen auf unüberwindliche Hindernisse. Es ist nicht die überragende Intelligenz, welche diesen Leuten den bestimmenden Einfluß in der nationalliberalen Partei garantiert, sondern ihr großer Geldsack. Die Einnahmen der nationalliberalen Partei aus regulären Mitgliederbeiträgen sind so gering, daß damit keine politische Propaganda betrieben werden könnte. Ohne die finanzielle Unterstützung der Großkapitalisten hätte die nationalliberale Partei längst bankrott gemacht.

Die Existenz einer solchen sich liberal nennenden, in Wirklichkeit aber von großkapitalistischen Elementen beherrschten Partei hat bisher das Auskommen einer großen wirklich liberalen Partei verhindert. Die Rolle, welche das Zentrum in der deutschen Politik spielte, trug das ihrige dazu bei, um den Gesundungsprozeß des deutschen Liberalismus zu verzögern. Diese Kräftezerpflitterung des Liberalismus in Verbindung mit der staatsverneinenden Haltung der So-

zialdemokratie war die Basis, auf welcher sich die Macht der politischen und wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland aufbaute.

Der große Revolutionär Krieg hat diese Basis der Reaktion schwer erschüttert. Die Sozialdemokratie hat ihr politisches Damaskus erlebt und der deutsche Liberalismus steht infolgedessen am Scheidewege. Gelingt es ihm nicht, die reaktionären Elemente, die bisher keine politische Erneuerung verhinderten, von sich abzuschütteln, dann hat er seine Rolle in der deutschen Politik endgültig ausgespielt. Die durch den Krieg bedingte soziale Verschiebung ist so groß und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die politische Stimmung von Millionen von Wählern sind so bedeutend und einschneidend, daß nur eine wirklich liberale und demokratische Politik noch imstande sein wird, größere Massen von Wählern an die Fahnen des Liberalismus zu fesseln. Findet der Liberalismus die Kraft nicht, sich von den reaktionären Einflüssen der freikonservativen Elemente des Kapitalismus und der Schwerindustrie zu emanzipieren, dann wird die Entwicklung über ihn hinweggehen. Das Zentrum ist eine viel zu lang geleitete politische Partei, als daß es die wachsende Macht des demokratischen Gedankens überleben und sich der durch den Gang geschichtlicher Entwicklung bedingten politischen Reformen widersetzen würde. Wie rasch die Führer des Zentrums umdenken lernen können und wie resolut sie die Konsequenzen aus den erkannten Tatsachen ziehen, hat die Haltung des Zentrums zu der Frage des Verständigungsfriedens gezeigt.

Die Demokratisierung der inneren und äußeren Politik kommt, auf keinen Fall werden sie die Nationalliberalen verhindern können. Eine von der Schwerindustrie beeinflusste und von den Großkapitalisten finanziell ausgehaltene „liberale“ Partei hat in der deutschen Politik keine Zukunft mehr. Die nationalliberale Partei pfeift auf dem letzten Loch, wenn sie sich nicht zum Liberalismus und zur Demokratie befehrt und damit die Möglichkeit einer großen liberalen Partei schafft.

Fortdauer der großen Schlacht in Flandern.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 26. Sept. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der Schlachtfrent in Flandern ist seit gestern der Feuerkampf von neuem stark aufgelebt.

Morgens nahmen unsere Truppen einen Teil des am 20. September nördlich der Straße Menin—Ypern verlorenen Geländes durch kraftvollen Ansturm wieder. Unter energischer Zusammenfassung ihres Feuers und großem Kräfteeinsatz verdrängten die Engländer durch mehrmaligen heftigen Gegenangriff uns wieder zurückzubringen. Der Feind wurde abgeschlagen, das zwischen Palygen—Wald und der großen Straße erkaufte Gelände von uns behauptet. Außer blutigen Verlusten büßten die Engländer über 250 Gefangene ein.

Abends steigerte sich das Feuer an der Küste, wo wieder Ostende von See und Land aus beschossen wurde, und von der Yser bis zur Lys.

Nach starkem Feuer während der Nacht schwoh heute Morgen die Artilleriewirkung vom Houthouster—Walde bis zum Kanal Comines Ypern zum Trommelfeuer an.

Auf dem größten Teil dieser Front legten dann englische Infanterieangriffe ein. Die Schlacht ist in vollem Gange.

Im Artois und beiderseits St. Quentin nahm die Feuerartillerie vielfach zu.

Abends griffen die Engländer bei Comnelien an und drangen vorübergehend in unsere Linien. Gegenstöße vertrieben den Feind.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz

In mehreren Abständen der Aisne— und Champagne—Front lag lebhaftes Feuer auf unseren Stellungen und den Batterien, die den Kampf kräftig aufnahmen. Erkundungsgesuche verliefen für uns günstig.

Vor Verdun schwoh zeitweilig der Feuerkampf auf dem Ostufer der Maas zu großer Heftigkeit an. Südlich von Beaumont machten die Franzosen auf die kürzlich von uns dort genommenen Gräben einen vergeblichen Angriff.

Unsere Flieger griffen abends erneut London und die englischen Küstenplätze beiderseits des Kanals an. Bomben-

würfe auf Kamsgate, Margate, Dover, sowie auf Boulogne, Calais, Gravelines und Dünkirchen hatten erkannte Brandwirkung. Eines unserer Flugzeuge ist nicht zurückgekehrt.

Ueber Land verloren die Gegner gestern 15 Flugzeuge. Oberleutnant Verthold brachte seinen 24. Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern Bei Jakobstadt, am Dryswiaty—See, westlich von Lud und bei Tarnopol war die russische Artillerie tätiger als in letzter Zeit.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Südlich des Sereth brachen deutsche Sturmtruppen bis in die hinteren Linien der russischen Stellung ein. Sie kehrten nach Zerstörung der feindlichen Grabenanlagen mit mehr als 150 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren zurück.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 26. September, abends. (W.B. Amtlich.) Die Schlacht in Flandern zwischen Langemarck und Hollebecq (15 Kilometer) dauert noch an. Stellenweise ist der Feind bis zu einem Kilometer tief in unsere Kampfzone eingedrungen, in der erbittert gerungen wird.

Deutsche Torpedoboote im Kampf mit feindlichen Zerstörern.

W.B. Berlin, 26. Sept. Am 26. September, mittags, hatten unsere Torpedoboote an der flandrischen Küste ein Feuergefecht mit feindlichen Zerstörern und Flugzeugen. Im Verlaufe des Gefechts wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen und die Besatzung, 2 englische Offiziere, gefangen genommen. Unsere Torpedoboote hatten keine Verluste.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Nicht mehr genug Lebensmittel in England.

Haag, 26. Sept. (Privat-Tele.) Nach dem „Nieuwe Courant“ schreibt die „Daily Mail“: „Lord Rhondda warnt uns, daß es nicht genug Lebensmittel gäbe, um das Land dem bisherigen Gebrauch entsprechend zu versorgen. Es sind nicht nur viel weniger Lebensmittel vorhanden als vor dem Kriege, sondern auch viel weniger Schiffraum. Ein großer Teil der nach England verpackten Lebensmittel wird regelmäßig auf der See vernichtet. Wir sind der U-Boote noch nicht Herr geworden und der Admiralität ist es noch nicht möglich gewesen, Resultate zu veröffentlichen, wie sie das Volk von ihr erwartet. Ueberdies ist das System freiwilliger Einschränkung, das Lord Rhondda von neuem anwenden will, schon früher erprobt worden. Nach einer sehr weitgehenden Propaganda durch Kennedy Jones ist nicht eine Erparung von 12 oder 15 %, sondern nur eine solche von 5 1/2 % eingetreten. Der Verbrauch an Lebensmitteln weist übrigens seit Beginn des Krieges eine Steigerung auf, so daß tatsächlich keine Erparnis eingetreten ist. Die freiwillige Einschränkung hat nicht mehr Erfolg gehabt als der freiwillige Seeresdienst. Es gibt nur ein Mittel, nämlich den Zwang, und zwar sofort.“

„Sunday Times“ schreibt: Die Tatsache bleibt bestehen, daß nicht genügend Lebensmittel vorhanden sind, um durchzukommen.“

Einberufung des finnischen Landtags.

W. Petersburg, 26. Sept. (Nicht amtlich.) Meldung der Petersb. Tel.-Ag. Tschy des Erlasses der einseitigen Regierung vom 31. Juli, betreffend Auflösung des finnischen Landtages, hat der Landtagspräsident den Landtag auf den 28. September einberufen mit der Begründung, daß mehrere wichtige Gesetzentwürfe über finanzielle, Wirtschafts- und Arbeiterfragen verabschiedet werden müßten.

Maxim Gorki.

Rotterdam, 25. Sept. (W. B. Nicht amtlich.) Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet aus London: Maxim Gorki ist aus der Redaktion der Zeitung „Nowaja Schtschje“ ausgetreten.

Die Friedensbewegung in Rußland.

Berlin, 26. Sept. Der „Daily Chronicle“ berichtet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Moskau nahm eine Entschließung an, in der er die Kündigung der geheimen Verträge und einen sofortigen Friedensschluß fordert.

Die „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Die wieder-angelegten Soldatenvereine und Ausschüsse veranstalten im Frontbereich eine Abstimmung über die Friedensfrage. Diese Tatsache hatte den überraschenden Rücktritt Alexejewski zur Folge.

Suchomlinow zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt.

W. Petersburg, 26. Sept. (Petersb. Tel.-Ag.) Der Gerichtshof hat den früheren Kriegsminister Suchomlinow des Hochverrats, Vertrauensmißbrauchs und Betruges schuldig gesprochen und ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Frau Suchomlinow wurde freigesprochen.

Neben anstatt Taten.

Petersburg, 26. Sept. (Pet. Tel.-Ag.) Kriegsminister General Werchowski hielt in einer Sitzung des Hauptvollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates eine Rede, in der er sagte, Reichsfinanzler Dr. Michaelis hat in seiner amtlichen Auseinandersetzung der Friedensbedingungen Rußland mit Schweigen übergegangen. Dieses Schweigen bedeutet, daß Deutschland, das unser Heer weichen sieht, sich mit England und Frankreich zum Schaden Rußlands verständigen will. Glücklicherweise habe das englische und französische Volk erklärt, daß ihre Regierungen keinen Sonderfrieden abschließen würden.

Marineminister Werderewski sagte in der gleichen Sitzung: Man müsse den Offizieren volles Vertrauen entgegenbringen, denn sonst werde dem Feinde der Weg geöffnet.

Der Vollzugsausschuß nahm die folgende Entschließung zur finnischen Frage an: Indem der Ausschuß den Vorschlag der finnischen Sozialdemokratie über die Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Ausarbeitung eines Planes zur Befriedigung des Konfliktes zwischen Finnland und Rußland begrüßt, entsendet er dorthin 36 Vertreter.

Tschernoff contra Kerenski.

Kopenhagen, 26. Sept. Einer Drahtmeldung aus Petersburg zufolge wird der Streit zwischen den Anhängern Kerenski und Tschernoffs immer erbitterter. Es stehe nun fest, daß der Kampf um die Macht Rußlands zwischen diesen beiden Männern ausgetragen werde. Die Entscheidung könne nicht länger auf sich warten lassen. Tschernoff mache kein Geht daraus, daß es seine Absicht sei, Kerenski zu stürzen und eine neue Regierung zu bilden.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Demokratisierung.

Auszug aus dem Referat von Dr. Landsberg.

III.

Wir fordern für alle Wahlen Herabsetzung der bisherigen Altersgrenze, weil wir überzeugt sind, daß die Erfüllung des Volkes mit politischer Bildung durch die Verknüpfung des Wahlrechts mit dem Beginn der Zeit der Reife gefördert wird.

Wir fordern das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen, weil der Gedanke des Frauenwahlrechts sich in der Kultur Geltung verschafft hat, und weil wir nicht wollen, daß Deutschland hinter England und Rußland zurückbleibt. Die Frau hat das gleiche Interesse an Krieg und Frieden, an freier Willkür, an Steuerfragen wie der Mann. Die Ehefrau, die sie ins Haus gehört, kann nach den Erfahrungen dieses Krieges

nur aus dem Munde eines Denkfähigen kommen. Niemand, der dem Verdacht völliger Urteilslosigkeit entgehen will, wird es wagen, sich zu der Ansicht zu bekennen, daß die Frau gegenüber dem Manne geistig minderwertig ist. Keiner der Gründe, die gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt werden, ist stichhaltig.

Wir fordern die Einführung des Verhältniswahlrechts, weil die Parlamente ein Spiegelbild des Volkskörpers sein sollen, weil wir nicht wollen, daß irgend eine im Volke vorhandene beachtliche politische Strömung von der Vertretung in den gesetzgebenden Körpern ausgeschlossen ist.

Und wenn wir nicht alle diese Forderungen schon jetzt durchsetzen können, so haben wir jedenfalls daran niemals einen Zweifel aufkommen lassen, daß eine Wahlreform, die uns nicht eine auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende Neueinteilung der Wahlkreise im Reich und das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten bringt, von uns nicht einmal als eine Abschlagszahlung, sondern als eine Verhöhnung des Volkes betrachtet werden würde, dem man volle politische Gleichberechtigung versprochen hat. Ein Pluralwahlrecht, das nach dem Erlass des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 11. Juli d. J. abgeleitet ist, würde das Mißverhältnis zwischen Leistungen und Rechten des Volkes auf das stärkste in die Erscheinung treten lassen und könnte niemanden befriedigen. Und das gleiche gilt von einem verfeinerten Pluralwahlrecht, wie es in der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise enthalten ist, muß auch die Bevorzugung der überwiegend landwirtschaftlichen östlichen Wahlkreise mit geringer Einwohnerzahl gegenüber den großstädtischen Rheinwahlkreisen aufheben.

Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß durch die Reichsgesetzgebung, wenn kein weitergehendes, so zum mindesten das jetzt im Reich geltende Wahlrecht für die Wahlen zu den einzelstaatlichen Parlamenten eingeführt werden. Die formelle Befugnis der Reichsgesetzgebung zu dieser Reform wird von keinem Sachkenner in Zweifel gezogen. Die materielle ergibt sich daraus, daß die volle politische Gleichberechtigung aller Schichten des deutschen Volkes eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist, und daß es darauf ankommt, diese Notwendigkeit auf der Linie des geringsten Widerstands zu verwirklichen. In der Vergangenheit haben sich die aus rückständigen Wahlsystemen hervorgegangenen Mehrheiten des preußischen und sächsischen Landtages sowie anderer bundesstaatlicher Parlamente zur Lösung der Wahlrechtsfrage unfähig gezeigt. Man erspare sich und ihnen die Probe darauf, ob der Weltkrieg ihnen die Augen geöffnet hat.

Wir Sozialdemokraten haben verlangt, daß der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstages sich zunächst der Lösung der Wahlrechtsfrage in Reich und Einzelstaaten als der wichtigsten politischen Aufgabe zuwenden. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte dies ab. Sie hielt es für angebracht, in erster Reihe die Reichsverfassung in anderen Beziehungen zu modernisieren. Mit allen gegen die konservativen Stimmen sagte der Ausschuß sodann eine Anzahl von Beschlüssen, deren wichtigste die Einführung der Verantwortung der Staatssekretäre, das Erfordernis der Mitwirkung des Kriegsministers bei der Ernennung der Offiziere und Militärbeamten des preußischen Kontingents und den Ausbau des Zimmereisenrechts der Reichstagsabgeordneten betrafen. Dies sind gewiß keine Dinge von erschütternder Bedeutung, um so bezeichnender war der Sturm, den die Konservativen im Verein mit dem Vertreter des Reichstanzlers, dem Ministerialdirektor Dr. Leubald gegen die Bestrebungen der Mehrheit des Ausschusses unternahmen. Die ganzen Debatten hatten, so wenig ihr Gegenstand es rechtfertigte, daß die Tätigkeit des Ausschusses mit ihnen begann, das eine Gute, daß sie jedem ehrlichen Reformen in bürgerlichen Kreisen die Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Konservativen klar machten. Wie sehr überschätzt man die Unmöglichkeit, wenn man ihnen staatsmännische Befähigung zuträut! Was ihnen eigen ist, ist lediglich der Wille, von ihren Vorrechten keines fahren zu lassen.

Zu dem Verlangen, daß der Wunsch des Reichstages dem Reichstanzler den Rücktritt von seinem Amte zur Pflicht machen müsse, konnte sich die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht aufschwingen. Wenige Wochen danach erlangten die Nationalliberalen im Hauptausschuß des Reichstages den Rücktritt des Reichstanzlers und hat das Zentrum zum Ausschreiben des Herrn von Bethmann Hollweg aus seiner Stellung beigetragen, indem es ihn wissen ließ, daß er das Vertrauen der Zentrumsfraktion nicht mehr habe.

Bei der Verhandlung über die Wahlrechtsvorlage im Verfassungsausschuß zeigte sich eine bedeutende Rückständigkeit der bürgerlichen Parteien. Vom Frauenwahlrecht wollten sie so wenig wissen wie von der Herabsetzung des Wahlrechtsalters und von der Verhältniswahl. Nur die großstädtischen Rheinwahlkreise sollten nach dem Willen des Ausschusses, der sich mit dem der Regierung insoweit deckte, eine Reihe neuer Mandate erhalten, was zu einer Vermehrung der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten führen muß. Damit ist indessen nicht gar zu groß werden, soll in diesen Kreisen das Verhältniswahlrecht eingeführt werden, das eine Berücksichtigung der bürgerlichen Minderheiten gestattet.

Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses war bisher nicht geeignet, die Bekanner demokratischer Anschauungen zu befruchtigen. Aber die Laune der bürgerlichen Parteien des Ausschusses ist nicht imstande gewesen, Schaden anzurichten. Dazu ist im Lande die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer völligen Umkehr unseres Regierungssystems zu sehr befestigt und verbreitet. Früher stand die Sozialdemokratie allem, wenn sie sagt: „Der Imperialismus hat uns in den Krieg gekehrt, die Demokratie muß uns von ihm befreien. Sie verlangt, daß man sie nicht erst zum Löschen heranzholt, wenn das Haus in Flammen steht, ihrem Schutz muß sich vielmehr das deutsche Volk in Zukunft anvertrauen, wenn es sein staatliches Leben unter dem Segen des Friedens so führen will, daß es ihm möglich ist, alle seine Kräfte zu entfalten.“ Jetzt ist diese Anschauung Gemeingut der breiten Massen des Volkes geworden. Sie hat sich selbst auf Parteien übertragen, die früher von einer Vermehrung der Volksgeltung nichts wissen wollten. Unter dem Druck, der aus der durch das Volk gebenden Bewegung stammt, mußte die Regierung nachgeben. Der Erlass des Königs von Preußen vom 11. Juli 1917, der das preussische Ministerium antwortet, dem Preussischen Abgeordnetenhaus eine auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen abzielende Gesetzesvorlage so zeitig zu unterbreiten, daß die nächsten Wahlen unter der Herrschaft des neuen Wahlgesezes stattfinden können, d. h. im kommenden Herbst, beweist es. Die Verbeugung des gleichen Wahlrechts war schon im ersten Entwurf der Osterhoffnung enthalten gewesen, aber wieder gestrichen worden. Wenige Monate später mußte sie verkündet werden. Und nun steht der Anfang der Demokratisierung Deutschlands bevor. Die Tage des bisherigen preussischen Wahlrechts sind gezählt. Und Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen

und werden an ihren rückständigen Wahlrechten nicht festhalten können, wenn für die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht eingeführt ist.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen wird die Bahn für die Demokratie in Deutschland frei machen. Es wird die politische Erziehung der zu politischem Einfluß gelangten Wähler mächtig fördern, es wird zur Befestigung der ersten Kammern führen, deren Taten mit der Vernunft im Widerspruch steht. Es wird der systematischen Durchkreuzung der Reichspolitik ein Ende machen, die vom reaktionären preussischen Abgeordnetenhaus ausgegangen ist. Es wird die Durchführung der uneingeschränkten Selbstverwaltung in Stadt und Land ermöglichen, ohne die wahre Demokratie nicht denkbar ist. Es wird die Regierung im Reich und in Preußen aus einem Hindernis zu einem Vollstrecker des Volkswillens machen. Es wird diejenigen Arbeitergruppen, denen die Ausübung des elementarsten Menschenrechts, des Rechts der Vereinigung zum Zweck der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, bisher verweigert war, von den sie drückenden Fesseln befreien helfen. Es wird eine auswärtige Politik ermöglichen, deren oberster Grundsatz die Herstellung und Befestigung fruchtbarer Beziehungen unter den Völkern ist.

Der Gedanke der Demokratie ist auf dem Marsche. Sein Sieg kann nur durch die Aneignung des arbeitenden Volkes in Frage gestellt werden. Wer die Kraft des Proletariats durch Spaltungsbestrebungen schwächt, arbeitet der Reaktion in die Hände. Die Mutproben des Krieges haben die Notwendigkeit der Demokratie zu deutlich bewiesen, als daß ein Zweifel an dem Willen des Volkes, sie durch Zusammenfassung seiner Kraft durchzusetzen, aufkommen könnte.

Der Protest des Reichstages gegen Wilsons Note an den Papst.

Der Reichstagspräsident Dr. Kämpf wies bei seiner gestrigen Eröffnungsrede die Wilsonsche Annahme unter dem himmlischen Verfall des ganzen Reichstages scharf zurück, wobei er zugleich die Heuchelei des amerikanischen Präsidenten gebührend geißelte. Nach kurzen Verhandlungen vertagte sich der Reichstag bis zum 8. Oktober.

Sitzungsbericht.

Berlin, 26. September

Am Tisch des Bundesrats Graf Rüdern, Wallraf, Dr. Schwaner, Dr. Solz, Müllin, v. Krause, Schiffer, v. Waldow, Dr. Müller.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Auf dem Platz des verstorbenen Abgeordneten Wasserfmann (Mail) hat die nationalliberale Reichstagsfraktion einen großen Lorbeerplatz niedergelegt. Der Präsident teilt mit, daß er dem König von Bulgarien anlässlich des Hinsterbens der Königin das herzliche Beileid des Reichstages ausgesprochen habe. Er dankt dann dem Ableben des Abg. Wasserfmann in folgenden Worten: Am 24. Juli ist unser verehrter Herr Kollege Wasserfmann einem längeren Leiden erlegen. Herr Wasserfmann hat an den Arbeiten des Reichstages stets in hervorragender Weise teilgenommen und auch als Nestor im Vorstand des Reichstages gewirkt. Wir bedauern daher tief sein Hinscheiden und werden ihm stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Sie haben sich zum Gedächtnis der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Präsident Dr. Kämpf

macht dann weiter folgende Ausführungen: Schon einmal, am 2. Mai ds. Js., ist es meines Amtes gewesen, Annahmen zurückzuweisen, die in seiner Reichstagsnote an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika sich herausgenommen hat, indem er einerseits eine Verheißung versuchte zwischen Kaiser, Volk und Regierung und indem er andererseits versuchte, sich in die inneren Angelegenheiten des deutschen Reiches einzumischen. Diese Verheißung hat Präsident Wilson wiederholt in seiner Antwort auf die Friedensnote seiner Heiligkeit des Papstes. Mit gleicher Entschiedenheit wie damals weise ich dieses Beginnen zurück. (Beifall.) Mit gleicher Entschiedenheit wie damals weise ich ihm zu, daß er angesichts des gesunden Sinnes des deutschen Volkes mit seiner Verheißung auf Granit steht. (Allseitige Zustimmung.) Der Präsident wiederholt das alte Gebete von der christlichen und intrigen Haltung des Kaisers und unserer Regierung, die doch, wie uns allen bekannt ist, trotz aller Herausforderungen 43 Jahre lang der Welt den Frieden erhalten haben. (Sehr wahr!) Der Prose Suchomlinow hat ungewöhnlich die schlagende Antwort auf die Frage gegeben, wer mitten in den Friedensbestrebungen des Deutschen Kaisers verbredenscherweise den Weltbrand entfesselt hat. (Sehr richtig!)

Wiederum lesen wir in der Note des Präsidenten Wilson die Worte: Menschlichkeit und Menschlichkeit. Soll man diesen Worten glauben aus dem Munde eines Mannes, der es in der Hand gehabt hat, hundertaufende von Menschenleben zu retten und zu erhalten, wenn er die ungeheuren Munitionslieferungen Amerikas an unsere Feinde verhindert hätte. (Sehr richtig!) Kann sich der Mann der Menschlichkeit rühmen, der, abgesehen von diesen ungeheuerlichen Munitionslieferungen, durch seine allen Völkerrechten widersprechende unehrenhafte Haltung vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland den Krieg verlängerte, der den Hungerkrieg Englands gegen deutsche Frauen und Kinder begünstigte und sich nicht scheut hat, Englands Eingriffe in amerikanisches Eigentum zu dulden. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die Durchschiebung amerikanischer Postkassen durch englische Beamte. Oder stehen nicht viel mehr Recht und Menschlichkeit auf der Seite des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung, die offen und ehrlich die Hand zum Frieden dem Feind entgegenstreckt haben. Wie kann Präsident Wilson fortgesetzt von dem Schutze der kleinen Völker durch die großen Staaten sprechen angesichts der Tatsache, daß er das kleine Griechenland in seiner Not im Stich gelassen und nicht ein einziges Wort zu seiner Hilfe gefunden hat. (Sehr gut!) Da verbietet ihm angeblich die Monroe Doktrin, sich in europäische Verhältnisse einzumischen. Wo aber solche Eingriffe zugunsten Englands erfolgen, scheint die Monroe Doktrin nicht mehr zu bestehen. (Sehr richtig!) Dem deutschen Volke, für das Präsident Wilson angeblich so viel Freundschaft und so große Sympathien zu hegen vorgibt, schleudert er die schwersten Verleumdungen ins Gesicht, die einem Volke zugefügt werden können. Wir sprechen im Namen des ganzen Volkes, wenn wir uns eine derartige Entmischung verbiten. (Beifall.) Wenn wir den Versuchungsversuch auf das schärfste zu

rückweisen. (Stürmischer Beifall.) Deutschland ist Mann genug, um seine Angelegenheiten selbst ordnen zu können und zwar so zu ordnen, wie es den deutschen Bedürfnissen und dem Charakter des deutschen Volkes entspricht. (Stürmischer, wiederholter Beifall.) Unsere Helden zu Land, zu Wasser, unter dem Wasser und in der Luft kämpfen für die heiligsten Güter unseres Volkes. (Beifall.) An den Fronten, von denen foch eine große Anzahl unserer Mitglieder zurückgekehrt sind, haben wir den Heldennut unserer unergleichlichen Soldaten, Offiziere und Generale bewundern können, die mit eiserner Fähigkeit und ungebrochenem Angriffsgestirnt nun schon mehr als drei Jahre täglich von neuem Heldenmenschliches leisten. (Stürmische Zustimmung.)

Wir haben Einblick erhalten in die großartige Ordnung, die der deutsche Generalstab geschaffen und aufs höchste vervollkommen hat. Wir staunten immer von neuem über die großartigen Leistungen unserer Obersten Heeresleitung, die auch in den Abwehrschlachten nie Dagewesenes leistet. (Sehr wahr!) In diese Oberste Heeresleitung setzen Heer und Volk unerschütterliches und festes Vertrauen. (Stürmischer Beifall.) Auch in den Lüften haben wir die Oberhand gewonnen. Unsere kühnen Flieger betreiben ihr Amt mit unergleichlicher Tapferkeit. (Beifall.) Die Unterseebootbesatzungen und Führer leisten nicht nur, was sie versprochen, sondern weit darüber hinaus. (Erneuter Beifall.) Zu diesen Leistungen drängen gesellt sich ebenbürtig die Widerstandskraft unseres wirtschaftlichen und finanziellen Lebens. Ganz Deutschland rüstet sich, um die Kriegsanleihe zu einem ebenso großen Erfolge zu bringen, wie es die früheren Anleihen gewesen sind. (Sehr wahr.) Das sind die Grundlagen, auf denen wir ruhend stehen, was unsere Väter mit ihrem Blut auf den Schlachtfeldern erworben und uns berechtigt haben. Wir schützen unsere heiligsten Güter gegen die ganze Welt.

Niemand, auch nicht Präsident Wilson, kann das unerschütterliche Vertrauen in eine glückliche Zukunft unseres Landes brechen. In diesem Vertrauen werden wir, wenn unsere Feinde unser Recht auf Leben und freie Entwicklung nicht anerkennen wollen, für Reiz und Reich im Kampfe aushalten bis zum glücklichen Ende. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Rechnungssachen werden ohne Aussprache erledigt. Ueber die Denkschrift betreffend Rechnungslegung über die Aufwandsausgaben für Deutsch-Südwestafrika erstattet Abg. Koste ausführlich Bericht: Die Kommission zur Prüfung der Kriegslieferungen sollte schneller arbeiten. Das liegt aber nicht am Reichstag, sondern an der Regierung.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Regierung würde gerne häufiger Kommissionssitzungen ansetzen. Es fehlt aber an der nötigen Zeit.

Abg. Dittmann (M. Soz.): Die Entschuldigung ist nicht ausreichend. Die Kommission ist lediglich Aulisse. Es ist eine Schmach, daß die Kriegslieferanten immer noch so enorme Geschäfte machen können.

Abg. Häußle (Fr. V.-P.): Eine schärfere Kontrolle der Kriegslieferungsverträge ist unbedingt erforderlich. Die Kommission muß beraten, nicht nur Raträge hören.

Die Rechnungssachen werden für erledigt erklärt. Es folgt die erste Lesung des Nachtragssetats.

Staatssekretär Graf Niburn: Der Nachtragssetat enthält in erster Linie die Forderungen für die neuen Staatssekretäre und den Stellvertreter des Reichstanzlers, dessen Stellung losgelöst ist vom Einzelresort. An der bisherigen verfassungsmäßigen Stellvertretung des Reichstanzlers durch die Staatssekretäre wird nichts geändert. Die Teilung des Reichsamts des Innern ist ein altes Bedürfnis. Der handelspolitischen Abteilung dieses Amtes wird die entsprechenden Abteilungen des auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzamtes angegliedert werden.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage wird dem Kommissionsrat überwiesen. Die erste Lesung der vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird ohne Aussprache erledigt. Darauf tritt Beratung ein. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch, den 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr. (Kleine Vorlagen, Aufbau der Handelsflotte.)

Der fettfleck.

In großen und ganzen hat auch der Krieg den Antschimmel nicht in eine bewegtere Gangart gebracht. Ueber den gemächlichen Trost kommt er nicht hinaus. Die Kälte und die Kohlennot hatten — so lesen wir in der „Münchener Post“ — längst die radikalsten Maßnahmen gezeitigt, der Kreuzpointer Franzl ging, die Nase keck in die Luft gestekt, an seinem verdödeten Schulpalast vorüber, die Wüstenwäpplagen verwaßt, in dem einzigen geheizten Gastzimmer stolperten die Wassermädel übereinander. Nur in den weitläufigen Staatsgebäuden schluckten die Dampfessel ganze Kohlenberge weiter.

Eines Tages began es dann auch in den hohen Ministerien zu dämmern. Ein dreiföpfiges Kollegium stellte fest, daß der diesjährige Winter in der Tat, wie verschiedentlich behauptet wurde, eine außerordentlich Kälte mit sich gebracht hatte. Diese Feststellung wurde zum Ausgangspunkt einer eingehenden Beratung gemacht, zu der die maßgebenden Stellen schriftlich eingeladen worden waren. Auch die erweiterte Konferenz stellte fest, daß Kältegrade zwischen 16 und 20 Grad in unserer immerhin gemäßigten Zone eine Abnormität bedeuten, die eine Stellungnahme der zuständigen Stellen unter Hinzuziehung der einzelnen Abteilungs- vorstände rechtfertigen.

Am folgenden Dienstag nachmittags füllte sich der behagliche Konferenzsaal. Die Herren schälten sich aus ihren Pelzen und nahmen mit der vorchriftsmäßigen Antschiene zu beiden Seiten der langen Tafel Platz. Nach einem tief-schürfenden Referat über die Ursachen des Auftretens der ungewöhnlichen Kälteperioden in unerm Breitegrad, wobei der Vortragende von der geologischen Entwicklung der Erdrinde ausging, setzte die Debatte über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Einsparung von Heizmaterial ein. Sie plätherte die fünf folgenden Nachmittage hindurch. Dann erging eine Entschlieung an die „nachgeordneten“ Stellen, daß zur Einsparung von Kohlen und Rofs der eine Gebäudeflügel zu räumen und einzelne Bureaus zusammenzulegen seien. Drei Tage lang flutete ein bedegtes Leben durch die Gassen, bis der zum Dornröschenschlaf berurteilte Gebäude- kerk verödet lag. Eine weitere Entschlieung verfügte, die

Abg. Ledebour beantragt, die nächste Sitzung bereits morgen abzuhalten mit der Tagesordnung: Ründlicher Bericht über die Schachst. Der Reichstanzler müße sich klipp und klar über seine Politik ohne nachträgliche Korrekturen aussprechen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Sachlich wären wir bereit, sofort zu verhandeln. Andererseits her schweben noch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen, von denen die Formulierung einer Inter- vention abhängt.

Abg. Dr. Ahrend (F. P.): In Zukunft bitte ich, hintereinander zu tagen, schon aus Rücksicht auf die ungünstige Reisegelegenheit. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten. Dieser erhält die Ermächtigung, dem Generalsekretär v. Hindenburg zum 7. Februarstag die Glückwünsche des Reichstags auszudrücken. (Lebhafter Beifall.) Schluß 5 Uhr.

W.B. Berlin, 26. Sept. (Nicht amtlich.) Herbsttagung des Abgeordnetenhauses. Nach der heute zwischen dem Prä- sidenten und den Fraktionsführern gepflogenen Besprechung ist zu erwarten, daß die erste Sitzung nach der gegenwärtigen Vertagung des Hauses am Dienstag, den 16. Oktober statt- finden wird, in der die von den Fraktionsführern als wün- schenswert und dringlich bezeichneten Anträge beraten werden sollen. Es ist ferner ein gemeinsamer Antrag aller Fra- tionen vereinbart worden, zu dem Zwecke, die Erörterungen der wirtschaftlichen Lage des Landes in der Haushaltskom- mission zu ermöglichen. Diese Erörterung wird sich un- mittelbar an die erste Vollsitzung des Hauses anschließen und sich in erster Linie auf die Kohlennot erstrecken.

Aus der Partei.

Ein Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Eine Parteiverammlung für Groß-Stuttgart nahm am Donnerstag Stellung zum Würzburger Parteitag. Ein- stimmig wurde ein Antrag Semanns angenommen, der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in volkstümlicher und podender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialde- mokratie auf der Grundlage der heutigen durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich auszuarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteistützungen zur Beschlussfassung zu unterbreiten hat.

Internationale Bourgeoisie.

Das „Hamburger Echo“ wendet sich im Leitartikel seiner Sonntagsnummer mit Entschiedenheit dagegen, daß die seit Kriegszugbeginn deutlich hervorgetretene Voreinge- nommenheit in den leitenden neutralen Kreisen der Inter- nationale gegen Deutschland und die deutsche Sozialdemo- kratie noch immer herrscht und auch im jüngsten Manifest des Komitees für die Stockholmer Konferenz zum Ausdruck gelangt. An sich sei es schon ein sehr merkwürdiger Zustand, daß Belgier und Russen, also Vertreter einer Kriegspartei, die durchaus nicht als unbeteiligt angesehen werden können, in Organisationskomitee sitzen, während die Sozialdemo- kratie der Mittelmächte darin gar nicht vertreten ist. Auf der anderen Seite habe die deutsche Sozialdemokratie von An- fang an für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen gewirkt und nur die deutsche Regierung sich klar auf diesen Standpunkt gestellt. Mit welchem logischen Recht richte also das Organisationskomitee eine Mahnung gerade an die deutsche Sozialdemokratie? Und obendrein die Mahnung, gegen jede Taktik zu kämpfen, welche die russische Revolution untergraben und Deutschland zum Mitschuldigen der Gegen- revolution machen könnte? Deutschland und Oesterreich hätten gegen die russische Revolution nicht den kleinsten Schritt getan, sondern sich nur gewehrt, als man sie angegriffen hätte. Hinter dem Putsch des Generals Kornilow steckte nicht Deutschland, sondern die englische und französische Bourgeoisie, die von den Arbeitern ihres Landes in ihrer Re- aktions- und Raubpolitik in keiner Weise gehindert werde. Auch gegen die Pöpperweigerung haben die Franzosen und

Engländer noch nichts Ernsthaftes unternommen. In dieser Richtung wäre eine scharfe Mahnung zur Pflicht am Platz gewesen. Aber darüber sage das Manifest kein Wort. Der Artikel schließt:

Wir deutschen Sozialdemokraten müssen dringend bitten, uns mit solchen ganz einseitigen Mahnungen zu verhalten, für die nicht der geringste berechtigte Grund vorliegt. Wir haben unsere Pflicht stets getan und werden sie weiter tun. Von den Männern aber, die sich um die Organisation der Stockholmer Konferenz so viel Mühe gegeben haben, müssen wir erwarten, daß sie den Erscheinungen des Krieges und im besonderen dem Verhalten der deutschen Sozialdemokratie mit weniger Vorurteilen gegenüber treten und sich bemühen, nicht alles durch die Ententebrille zu sehen, vielmehr volle Objektivität zu gewinnen. Das kann dem Zweck ihrer Tätig- keit nur nützlich sein und ist unerläßliche Vorbedingung für die Wiederherstellung der Internationale.

Deutsches Reich.

Die alldeutsche Fronte.

Die sogenannten vaterländischen Verbände haben sich unter dem Namen „Hauptvermittlungsstelle vaterländischer Verbände“ zusammengeschlossen. Vorsitzender wurde Mini- stal Graf v. Baudissin und der Vorsitzende des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden, Geheimrat Schäfer.

Auf was wir verzichten.

Graf Nevenklow, Fürst Salm-Horstmar und ähnliche Männer des Volkes schwören in Uebereinstimmung mit den führenden Männern der schwerindustriellen Alldeutschen darauf, daß Deutschland zu Grunde gehen müsse, wenn der „Scheidemann-Frieden“ zustande komme, dieser „Schmach- frieden“, der ein „Verzichtsfrieden“ sei.

Es scheint uns zeitgemäß, einmal daran zu erinnern, daß Genosse Scheidemann den alldeutschen Unjam von dem Ver- zichtsfrieden schon einmal im Reichstag — am 15. Mai 1917 — treffend gekennzeichnet hat:

„Ueber den Frieden der Verständigung, für den wir allezeit eingetreten sind, können die Alldeutschen als über einen „Verzichtsfrieden“, wie der Herr Abgeordnete Roe- fide darüber gepöppet hat.

Was soll das heißen, und auf was verzichten wir über- haupt?

Wir verzichten auf die Fortsetzung dieses Krieges;

wir verzichten auf Hunderttausende Tote und Hunderttausend Krüppel;

wir verzichten auf tägliche Lasten von Hun- dertmillionen;

wir verzichten auf die weitere Verwüstung Europas;

wir verzichten aber auf kein Stück deutschen Landes und kein Stück deutschen Gutes;

wir verzichten auf das, was wir gar nicht be- sitzen;

wir verzichten auch auf die Illusion, daß der Krieg einen Gewinn bringen wird, der uns nicht zusetzt, für den wir weitere furchtbare Opfer bringen müßten und den wir doch nicht erreichen würden;

wir verzichten darauf, andere Völker zu verge- waltigen und zu unterdrücken;

wir verzichten aber nicht darauf, daß das deutsche Volk als ein freies Volk aus diesem entsetz- lichen Kriege hervorgeht. Das nennen die All- deutschen einen „Verzichtsfrieden“.

Worauf wir verzichten, das sind die Alldeutschen und ihre dümmen Schwärmer.

Jetzt treiben sie es schlimmer denn je zuvor, weshalb man überall den Spieß umdrehen und den Alldeutschen rücksichts- los zu Leibe gehen sollte.

Arbeitszeit sei am Nachmittag auf die Zeit von 3 bis 5 Uhr zu beschränken. Der Zweck war die Einsparung von Licht und damit indirekt eine Herabsetzung des Kohlenverbrauchs. Seit dieser Entschlieung weit der mächtige Bau das Heer der Beamten bei hellstem Tag aus.

In dem einzigen heizbaren Flügel aber zittert die Luft, wo man hinschaut. Wolken trodener Wärme schlagen einem entgegen, dumpf und schwer. Nirgends ein Ventilator, der die stickige Atmosphäre ein wenig durcheinanderpeitscht. Und die Kessel im Kellergerdof schlucken die alten Kohlenmengen.

Nicht bei der Dampfheizung sah der Schöffe. Er stol in seiner diden, soliden Sonntagsjoppe, auf deren Krage das wohlgenährte Doppelfinn ruhte. Die hunderterteil Kriegsbesordnungen, die der Amtsrichter aus einem losen Stoße von Amts- und Reichsgeheblättern herunterhahpelte, wickelten ihm durch den Kopf wie ein toller Spuk. Dazu in unmittelbarer Nähe der entsetzliche Heizkörper, der fortwäh- rend zischte und brobelte. Ein übers andere Mal tumfte der Schöffe mit dem mächtigen Sackzug die Schweißperlen auf, die das schwere Laienrichteramt und die heißen Röhren an seiner Seite ihm auf die Stirn trieben. Drei volle Stun- den lang briet die Körperfülle des ländlichen Schöffen in dieser Hölle. Der hagere Amtsrichter neben ihm küßte kein Ermatten.

Das Ausbleiben eines Zeugen brachte endlich die Erlä- sungen. Das Gericht unterbrach auf zehn Minuten. Der schweißtriefende Schöffe strebte mit seinem städtischen Kol- legen dem weniger higenen Lichthofe zu. Die Rechte hielt er kramhaft in die äußere Rocktasche vergraben. An einem Säulenschaft lehnte er sich, erschöpft an und holte aus der Tiefe der Sonntagsjoppe ein in Zeitungspapier eingewickeltes etwas, von dem es in schillernden Perlen trofte. Der Stähler zog die Brauen hoch, von selbst vibrierten die Nasenflügel mit. Aus dem fettigen Zeitungspapier wickelte sich ein „Geflechtes“ heraus, dessen oberste Speckseite die nach den weißen Anordnungen der maßgebenden Stelle regulierte Dampfheizung zum Schmelzen gebracht hatte. Die kurze Pause genigte dem Schöffen, ein weiteres Schwitzen des üppigen Frühstücks durch äußere Temperatureinwirkung zu verbüten.

Der städtische Kollege aber müßte sich nach Wiederauf- nahme der Sitzung vergebens, seine Gedanken neuerdings

auf den Bust von Bundesratsverordnungen und Ministerial- vorchriften ergußtellen. Seine Augen bingen unwiderrst an dem mächtigen Fettflecken, der sich durch die solide Joppe seines ländlichen Kollegen gestrichen hatte und sich in der Nähe der Dampfheizung von Minute zu Minute vergrößerte. Lichte Friedensbilder gaukelten ihm um die Sinne. Die Ministerialverordnung betr. Einsparung von Heizmaterial hatte hier wenigstens eine feltame Wirkung geäußert.

Unterhaltung und Belehrung

Schont die Schlupfwespe! Die Raupen des Kohlweiß- lings traten in diesem Sommer, begünstigt durch die trodene Witterung, in ungeheuren Mengen auf. Viele Kohlweißer zeigen nur noch die fahlen Rippen der abgefressenen Blätter. Da sich der Kohlweißling stark vermehrt (ein Schmetterling legt etwa 100 Eier), müßte nach menschlicher Berechnung der Kohlbau im nächsten Jahre schier unmöglich sein, wenn nicht die Natur der Vermehrung des Schädlings Grenzen gesetzt hätte, indem sie ihm eine Anzahl von Feinden erschuf.

Die größten Gegner der Raupe sind, neben den Vögeln, die Schlupfwespen. Es sind dies kleine, metallisch glänzende Wespen, deren Weibchen vermittels des feinen Legefadels ihre Eier in die Raupenkörper absetzen. Die entkeimenden Larven nähren sich von dem Saft der zunächst noch lebenden Raupe und heben sich aus dieser erst heraus, wenn sie sich in kleine, schwefelgelbe Lännchen verpuppen. Die ausge- sogene Raupe stirbt ab. Im Spätkommer und Herbst findet man oft Hunderte der gelben, wolligen Schlupfwespenpüppchen auf Kohlblättern, Bäumen, an Wäpeln und Zäunen, auf den toten Raubenbägen oder auch ohne sie. Unwissende Gemise- züchter halten die Lännchen für Raupeneier und töten sie und damit ihre guten Freunde, die ihnen im nächsten Jahre im Kampfe gegen das Ungeziefer so treu beistehen.

Beim Ablösen der Raupe achte man also auf die Puppen der Schlupfwespen und achone sie. Auch alle steif, einzeln und früh an Wänden, Bäumen usw. sitzenden Raupe zer- drück man nicht, da sie schon von der Schlupfwespe befallen sind.

Wo stehen die Wähler?

Einen Keinen, aber deswegen nicht minder interessanten Beitrag zu dieser Frage lieferten die am Sonntag, den 23. September vollzogenen Stadtverordnetenwahlen in Reutlingen. Gewählt wurde in zwei Bezirken. Wider Erwarten war die Wahlbeteiligung — unter Berücksichtigung der Verhältnisse — überaus rege. Zwei Drittel der Wähler sind eingezogen, verstorben oder unbekannt verzoogen. Ganz wie in Friedenszeiten beteiligten sich (von dem in Frage kommenden Drittel) 25 bis 30 % der Wähler an der Wahl. Für die Teilnahme der Wähler muß noch besonders berücksichtigt werden, daß eine Wahlagitation überhaupt nicht stattgefunden hat. Wie entschieden nun die Wähler? Für die Beurteilung dieser Frage muß der Umstand hervorgehoben werden, daß Reutlingen in dem Ruf steht, eine besondere Hochburg der vereinigten Sparkassen- und Unabhängigen zu sein. Die lokale Organisation derselben hat sich auf Beschluß an der Wahl nicht beteiligt, obgleich die Kreisorganisation beschloß, überall bei Stadtverordneten- und Gemeindevorständen den Kandidaten der Partei Gegenkandidaten gegenüber zu stellen. Siegen die antiparlamentarischen Neigungen oder bringen ihnen die Trauben zu hoch? Genug, die Arbeiterschaft der beiden Bezirke stimmte geschlossen für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei und bekundete damit ihre Treue und Anhänglichkeit. Die Kandidaten der Partei erhielten 139 und 153 Stimmen. Selbst eingeschriebene Mitglieder der „Unabhängigen“ stimmten für die Kandidaten der Partei. Die Wahl ist eine symptomatische Entscheidung.

Die Fortschrittler gegen Pfarrer Traub.

Beim Vorstand des liberalen Wahlvereins für den Wahlkreis Reutlingen-Beckhof, den Pfarrer Traub im preussischen Abgeordnetenhaus vertritt, ist der Antrag eingegangen, Traub zur Wiederlegung seines Mandats aufzufordern. Der Antrag wird damit begründet, daß Traub durch seine Haltung und Propaganda sich im Widerspruch zu den Überzeugungen seiner fortschrittlichen Wähler und zu den Grundgedanken der Partei gesetzt habe, als deren Vertreter er in den Landtag eingezogen sei. Ueber den Antrag soll in einer eigens zu diesem Zweck demnächst einzuberufenden Versammlung des Wahlvereins Beschluß gefaßt werden.

Kapps Rückkehr.

Berlin, 26. Sept. In Königsberg geht laut „B. Z.“ in unrichtigen Kreisen das Gerücht um, daß General-Landwirtschaftsdirektor A. Kapp, der infolge seiner Anträge gegen den früheren Reichskanzler von Bethmann Hollweg von der Staatsregierung bei der Wiederwahl zum General-Landwirtschaftsdirektor nicht bestätigt wurde, jetzt wieder auf seinen alten Posten zurückkehren wird. Erst ganz kürzlich wurde Kapp von den Mitgliedern der ostpreussischen Landtschaft zum Landtschaftsdirektor wiedergewählt.

Baden.

Die „Badische Landeszeitung“.

Die sich im eigenen Parteilager nicht austenst, sollte, wie wir bereits betont, sich nicht in der von ihr beliebigen Weise um die Angelegenheiten anderer Parteien kümmern. Tut sie es trotzdem, dann sollte es nicht in der läppischen Weise geschehen, mit der sie den Nachweis zu führen versucht, daß in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Theoretiker überwiegen. Die von ihr angeführten 47 Schriftsteller und 39 Privatbeamten sind bis auf ganz wenige Ausnahmen Leute, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind und heute als Redakteure oder Gewerkschaftsbeamte der Arbeiterbewegung dienen. Von diesen Leuten behauptet die „Badische Landeszeitung“, daß sie die ganze Welt mit ihren utopischen Theorien terrorisieren wollen. Was die „Bad. Landeszeitung“ schließlich über die ihr zugegangenen „anerkenntlichen und begeisterten“ Zuschriften wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage betrifft, so möchten wir nur bemerken, daß Leute, die beim Lesen der „Bad. Landesztg.“ sich begeistern, sicher mächtige Ansprüche an eine Zeitung stellen. Wenn die „Landesztg.“ sich schließlich auf den Beschluß des Zentralvorstandes stützt und daraus den Schluß zieht, daß ihre Haltung sich mit derjenigen der Partei deckt, so

Theater und Musik.

Der Sozialdemokrat im Hoftheater. Aus Dresden wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Im Königl. Hoftheater wurde die Komödie „Dyckerpotts Erben“ gespielt, deren Verfasser Robert Grösch, Redakteur der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“ ist. Der künstlerische Unabhängigkeitskämpfer, der dem Sozialdemokraten die Forderungen des Hoftheaters öffnete, fand seinen Lohn. Dem schon durch manche Künstlerlat bewährten Dresdener Generalintendanten ist es gelungen, einen neuen Mann und ein höchst wirksames Theaterstück für die deutsche Bühne zu gewinnen. Eine tolle Gesellschaft, diese Erben Dyckerpotts: Der eigentliche testamentarisch bestimmte Erbe ist ein Hund; die menschliche Verwandtschaft muß Eier und Enttäuschung hinter sich lassen und verbergen, bis einer aus dem Kreise die Courage hat, den vierbeinigen Erbschleicher totzuschlagen. Da stellt sich heraus, daß zum Testament ein Nachtrag vorhanden ist, der den Mörder des Hundes wieder zum Erben des Hundes macht. Der menschenfeindliche Witz eines Zynikers: wer den Mut zum Bekenntnis und gar zum Beweis seiner niedrigen Geldsucht hat, verdient den Sündenlohn in bar; die feigen Heuchler gehen leer aus. So wollte es Dyckerpott. Er kannte keine Leute! Man sieht, das Stück hat den Grundgedanken zu einer Komödie, und es konnte eine boshafte und bissige Komödie werden; es ist aber nur ein burlesker Schwanz geworden, mit derben Karikaturen und formlichem Wortgeplänkel. Gerade deshalb werden aber „Dyckerpotts Erben“ das Publikum überall für sich haben, das im allgemeinen lieber lachen als ärgerlichen Gedanken nachhängen will. Anspruchsvollere Leute aber werden auf die nächste Bühnenarbeit dieses bisher unbekanntem Robert Grösch warten.

wird sie sich mittlerweile davon überzeugt haben, daß hier ein kleiner Irrtum vorliegt. Der Zentralausschuß ist nicht die nationalliberale Partei, sondern vorwiegend eine Vertretung des preussischen reaktionären Flügels derselben, an dessen Strang allerdings auch einige süddeutsche Professoren ziehen. Die Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist weder mit dem Beschluß bezüglich der Friedensresolution noch mit dem gegen das parlamentarische Regierungssystem einverstanden.

Im übrigen wird der Redaktion der „Bad. Landesztg.“ bei den nächsten Wahlen ein Seufzieder darüber aufgehen, wie begeistert das Volk von den Alldeutschen und ihren Handlungen ist. Einsteilen können wir ihn nur nochmals auf das bestimmteste versichern, daß weite Kreise, darunter sehr angesehene Persönlichkeiten, die in der nationalliberalen Partei ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatten, mit der von der „Bad. Landesztg.“ so lebhaft befürworteten alldeutschen Nachfriedenspolitik nicht nur nicht einverstanden sind, sondern gar kein Hehl daraus machen, daß sie diese Politik aus schärfster Mißbilligung. Auch in den Kreisen der Jungliberalen gäht es sehr vernehmbar. Also bitte nicht so aufstrumpfen.

K Baden-Baden, 26. Sept. Im Alter von 71 Jahren ist hier Geh. Sanitätsrat Dr. Paul Schlep gestorben. Er hatte sich im Jahre 1873 hier als Arzt niedergelassen. Einige Jahre gehörte der Verstorbene, der ein großer Musikfreund war, auch dem Bürgerausschuß an.

bc. Bühl, 26. Sept. In Eßental wurde für die Dhm (150 Liter) Sdelwein 490 bis 500 M bezahlt.

bc. Biberach, 26. Sept. Der über 70 Jahre alte Landwirt Johann Huber im Zinken Erzbach fiel beim Dehmladen vom Wagen und war sofort eine Leiche.

bc. Rastatt, 26. Sept. Der Stadtrat beantragt bei dem Bürgerausschuß die Bewilligung von 100 000 M aus Anlehensmitteln für Zwecke der Marktstandshilfe.

bc. Schriesheim bei Heidelberg, 27. Sept. Der im Ropphyrwerk „Edalstein“ beschäftigte Arbeiter Franz Horn wurde von der Transaktion erfaßt und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

bc. Mannheim, 27. Sept. Als ein Ludwigshafener Händler von einer Gasfabrik in der Nähe auf den Bahnhof kam, untersuchte ein Gendarm sein Gepäc. Er fand dabei 30 Fahren, 11 Feldhühner, 34 Pfund Butter und eine Kanne Rahm. Die Lebensmittel wurden beschlagnahmt.

bc. Mannheim, 26. Sept. Das 5 jährige Kind eines Ingenieurs kam dem brennenden Gasrohr zu nahe. Die Kleider des Mädchens fingen Feuer und es erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Im Wein bei Ludwigshafen fürzte die 31 jährige Ehefrau eines Schiffsführers aus Mülheim über Bord und ertrank.

Ueber die Tabaksteuer in Baden schreibt die „Städt. Tabakzeitung“: Die Güte der neuen Tabake wird sehr befriedigend werden. Das Wetter für die unter Dach hängenden Tabake ist sehr günstig, ebenso für den noch auf dem Felde stehenden Nachttabak, der sehr schön steht und der dem Produzenten nicht nur eine gute Einnahme bringen, sondern auch voransichtlich ein recht brauchbares Material bieten wird. Auch die Gruppen sind schön. (Also alles gut und schön, nur die Preise sind weniger schön. D. R.)

Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft, Lebensversicherungsgesellschaft, Postanstalt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 27. Sept.

Die neue Gesellschaft.

Wir meinen nicht den Traum aller Träume, das Ziel aller Gedanken von Beterlösung und Menschheitsverbesserung. Diese „neue Gesellschaft“ harrt noch ihrer Stunde, die in irgend einer dunklen Zukunft schlummert.

Die hier gemeinte „neue Gesellschaft“ ist kein Traum. O nein! Sie ist feste, robuste Wirklichkeit, steht auf sicheren Beinen und fermt kein Ziel, das über den Tag hinausreicht.

Alles feht der Krieg um. Unten wird oben, und Menschen, die vor Jahr und Tag in verstaubten Hinterhöfen wohnten, allen Geruch der Armut um sich herum, schauen heute aus Spiegelscheiben auf die vornehmsten Straßen der Städte.

Eine neue Gesellschaft bildet sich im Rahmen der bürgerlichen Klasse. Die Zeitungen sind voll von Angelegen ihres Daseins. Da werden Plänen und Grundstücke verlangt, schöne Wohnungen und was sonst zu den äußeren Annehmlichkeiten des Besitzes gehört. Es ist ein Ton in diesen Anzeigen, der laut und verständlich darrt: „Wir haben ja Geld! Wir können uns das leisten!“

In den Theatern macht sich die „neue Gesellschaft“ schon bemerkbar. Das war von jeher nicht anders. Wer die Geschichte des Theaters kennt, weiß auch, daß nach jedem Kriege eine „neue Gesellschaft“ auszog, den Sperritz zu erobern. Es wird wieder an den unpassendsten Stellen gelacht von Leuten, deren Kleidung auf Vestis schließen läßt. Das sind so die kleinen Unfälle, die erst zu vermeiden sind, wenn Taft und Gehmaß der „neuen Gesellschaft“ etwas gesteigert werden. Man kann Taft und Gehmaß leider nicht fertig im Laden kaufen.

Ganze Industrien haben sich bereits auf die „neue Gesellschaft“ eingestellt. Die Auslagen von Juwelieren, Kunsthandlern u. s. f. machen tief Notau vor dem Gehmaß der neuen Gesellschaft. Er ist nicht der feinste, aber er ist zahlungsfähig und das allein entscheidet. Sprachen- und Anstandslehrer wissen nicht wohin vor Arbeit. Es gilt, die „neue Gesellschaft“ auf Hochklang zu polieren, denn nur am Schluß kennt man den Brillanten.

Nach dem Krieg wird sich diese „neue Gesellschaft“ erst richtig entwickeln. Witzlinge und Satiriker gehen einer guten Zeit entgegen.

Die Folgen der Honigpolitik.

Wie amtlich mitgeteilt wird, soll durch die Apotheken „Auslandshonig“ an Kranke für 8,25 M je Pfund verkauft werden. Dank der halben Maßnahmen der Reichs-zuckerstelle ist ja bekanntlich der Inlandshonig so gut wie spurlos verschwunden oder nur noch für sehr reiche Verbraucher zu haben, und die Kranken oder besondere Pflege bedürftigen Genesenden müssen zu allen andern Kosten, die ihnen aus ihrem Kranksein erwachsen, auch noch die jündhaft hohen Preise für Auslandshonig bezahlen, was sich sehr gut hätte vermeiden lassen, wenn man gleich und energisch zugegriffen hätte, um den Inlandshonig für diejenigen sicherzustellen, die seiner am meisten bedürfen.

Die Fortschrittliche Volkspartei

hielt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung ab, in welcher nach einem Vortrag des Reichstagsabg. Dr. Haas eine Resolution angenommen wurde, in welcher die Versammlung „protestiert gegen die alldeutsche Agitation, die die oberste Heeresleitung mit Unruhe gegen die Reichslagsmehrheit auszuspielen versucht. Gerade die unüberwindliche Stärke der deutschen Armee und der deutschen Flotte gestatte der Regierung und dem deutschen Reichstage den Friedenswillen des deutschen Volkes frei zu bekommen. Sie protestiert gegen alle Versuche des Auslandes, wie sie auch in der Note des Präsidenten Wilson zum Ausdruck kommen, sich in Angelegenheiten der deutschen Politik einzumischen. Deutschland schafft sich seine Zukunft selbst und lehnt eine Freiheit von Wilsons Gnaden ab.“

Der Vorsitzende des Vereins, Professor Helbing, schon lange mehr nationalliberal als fortschrittlich, sprach in längerer Ausführungen gegen die Auffassung des Referenten und erklärte sich als Gegner der Friedensresolution. Der Herr Vorsitzende behnte seine Philippika so lange aus, daß der Referent kein Schlusswort mehr halten konnte.

Luguspferde. Endlich sieht die Reichsfuttermittelstelle bis zum 20. Oktober einer Anzeige darüber entgegen, wieviele der im Kommunalverband gehaltenen Einshier nicht in landwirtschaftlichen Betrieben oder in Gewerbe, Handel und Industrie in kriegswirtschaftlich wichtiger Weise tätig sind. Das in § 2 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung vom 10. September ausgesprochene Verbot, diesen Tieren Körnerfutter zuzuwenden, empfehlen wir besonderer Beachtung. Alle Halter von Tieren, die hiernach nicht mit Körnerfutter zu versorgen sind, werden besonders stark dahin zu überreden sein, daß sie sich nicht Körnerfutter im Wege des Schleichhandels verschaffen.

Fraktionslösung. Morgen Abend 7/8 Uhr Fraktionslösung der sozialdemokratischen Partei des Bürgerausschusses im kleinen Rathausaal.

Die vaterländische Feier des Garnisonkommandos und des Ausschusses zur Veranstaltung vaterländischer Volksfeste im neuen Konzerthaus am Dienstag abend nahm einen erhebenden Verlauf. Saal und Empore waren voll bis auf den letzten Platz besetzt, und die festlich gestimmte Zuhörerschaft setzte sich in erfreulicher Einnüchtheit aus Angehörigen aller Stände, Parteien und Konfessionen zusammen. Die von der Kapelle des Ersatz-Bataillons 100 meisterhaft gespielte Gmunt-Ouverture gab den stimmungsvollen Auftakt zu der Vortragsfolge, die unter dem gemeinsamen Rahmen der Befreiungskriege zusammengefaßt war. Auf die gäubende Ansprache des Herrn Stadtpfarrers Hindenlang folgten abwechslungsreiche Vieder, die Herr Kammerfänger Wättnen fehrstänig vortrug, und badende Rezitationen des Herrn Hofkapellmeisters Baumdach. Das stehend gesungene altniederländische Dankgebet beschloß die würdige, eindrucksvolle Feier, die den zahlreichen Anwesenden eine wohlthuende Herzstärkung bot. Vielleicht dürfte man dem Zwecke dieser Veranstaltungen noch näher kommen, wenn sich die Darbietungen weniger ausschließlich an das Gefühl, sondern zum gewissen Teil auch an den Verstand wendeten. So willig man sich von der Empfindung überreden läßt, so will man doch auch in dieser Zeit neue Faktoren zu Kraft und Zurecht in der Ueberlegung finden.

Die Hausliche Vitzausstellung, die heute in der Turnhalle der Gehlschule, Kreuzstraße 15, eröffnet wird, bietet Blümmelern eine vorzügliche Gelegenheit, ihre praktischen Blümmelkünste zu erweitern und zu befestigen, insbesondere bei wiederholten Besuchen. Ebenso auch der öffentliche Vortrag, den Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein unter Bezugnahme auf diese Ausstellung heute abend halb 9 Uhr im großen Rathausaal über die Blüschätze des Herbstes halten und durch neue farbige Lichtbilder erläutern wird. Der Eintritt ist frei.

Der Tierkühverein gibt im Inzeratenteil bekannt, daß es für den halben Liter Kefel- und Birnentere 40 Pfg. und für den halben Liter Spitzweierich 10 Pfg. bezahlt. Er richtet an jedermann die dringende und herzliche Bitte, die Kerne zu sammeln und im Geschäftszimmer Sofienstraße 26 abzuliefern. Diese sowie der reife Spitzweierich, welcher in Unmengen am Straßenrand und an Feldwegen steht, sollen als Futtererfah für unsere gesiederten Säger in der harten Winterzeit benutzt werden.

Die zweite Generation der Kohlruppen. Die zweite Generation der Kohlruppen ist im Werden; schon sieht man wieder die Eihäufchen und vereinzelte Eier an den Kohlblättern. Es ergeht die ernste Mahnung an alle Gartenbesitzer, sich rechtzeitig vorzusehen, sonst erleben sie am Spätgemüse die gleiche Kalamität wie am Frühgemüse.

Frühlkonzert im Stadigarten. Sonntag, den 30. September, vormittags von 11—12 Uhr, findet bei schönem Wetter im Stadigarten aus Anlaß der bevorstehenden Hindenburgfeier ein Frühkonzert statt. Der Reinertrag ist für den Badischen Heimverband zum Nutzen der Krieger-Witwen und Waisen bestimmt. Der Veranstaltung ist deshalb ein reger Besuch zu wünschen. Näheres im Angeigeiteil.

Neues vom Tage.

Massenvergiftung.

Berlin, 27. Sept. In Mörs und Umgebung erkrankten, wie dem „Berliner Lokalangeiger“ aus Essen mitgeteilt wird, gegen 100 Personen an Vergiftungserscheinungen. 4 Kinder sind schon gestorben. Die Erkrankungsurache wird in dem Gemüß von wahrscheinlich nicht ehwandfreier Wurzt vermutet.

Gewerkschaftliches.

Saarbrücken, 26. Sept. Gestern nachmittag fand im Kreisgau in Saarbrücken unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Volk-Drier eine Besprechung der Vertreter der Berg-

In dieser am Bläse Wort. Der end bitten, verlohnen, liegt. Wir weiter tun. fifikation der en, müssen des und im demokratie) benötigen, mehr volle iger Tätig- ungung für

Verkehrsbehörden des Saargebiets und der Bergarbeiterber- bände statt, in der eine Einigung über verschiedene Bestwerde- punkte der Bergleute, insbesondere hinsichtlich der Lohnfragen, erzielt wurde. Handelsminister Dr. Sydow hatte telegraphisch eine schon früher gegebene Zusage einer ungefähr 10prozentigen Lohn- erhöhung bestätigt. Es wurde vereinbart, daß ab 1. Oktober der Durchschnittslohn der Hauer einschließlich Kindergeld bei normaler Leistung 10,50 M betragen soll. Die Löhne der anderen Arbeiter werden entsprechend erhöht. Der Vorsitzende der Bergwerksdirek- tion war beim Handelsminister dahin vorstellig geworden, den Bergarbeitern, solange der Kohlepreis nicht um eine Mark für den Zentner ermäßigt wird, einen Zuschuß von einer Mark auf den Zentner gekaufter Kohle zu gewähren.

Letzte Nachrichten.

Weitere 26 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 27. Sept. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 26 000 BRT. versenkt. Unter den versenkten Schiffen be- finden sich der bewaffnete englische Dampfer „Kollisby“ (3955 Tonnen), sowie zwei unbewaffnete englische Dampfer, einer davon etwa 10 000 Tonnen groß, vom Aus- sehen des „Winifred“.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Fortsetzung der interparlamentarischen Besprechungen.

Berlin, 27. Sept. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ er- fährt, fand nach der Vollendung des Reichstages gestern die erste sogenannte „interfraktionelle“ Besprechung statt, an der sich auch Vertreter der nationalliberalen Partei beteiligten. Es handelte sich im wesentlichen um den Etat für die Stelle des Vizeministers. Zentrum und Sozialdemokratie hatten ihre

Bedenken gegen die Bewilligung, die indessen durch die Be- fürwortung der fortschrittlichen Volkspartei und der Natio- nalliberalen beseitigt sein dürften.

Der Kampf um die politische Neuorientierung in Sachsen.

Berlin, 27. Sept. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden berichtet wird, lehnte gestern der sächsische Ver- fassungsausschuß mit 9 gegen 7 Stimmen die Einführung des parlamentarischen Systems in Sachsen ab, die die Sozial- demokraten in der Form beantragt hatten, daß dem § 42 der Verfassungsurkunde ein Zusatz hinzugefügt werden solle, wonach vor der Entlassung bzw. vor der Berufung von Staatsministern das Präsidium der Zweiten Kammer gehört werden muß.

Die Rede des Reichstanzlers.

Berlin, 27. Sept. Nach dem „Berliner Tageblatt“ er- wartet man die Rede des Reichstanzlers im Plenum des Reichstages in der Sitzung am 4. Oktober.

Französische Sorgen.

Berlin, 27. Sept. Aus Pariser Meldungen geht, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, hervor, daß in Frankreich wachsende Sorge herrscht wegen der Unterbringung und Ver- pflegung der englischen und anderen fremden Verwundeten aus den letzten schweren Glandenkämpfen. Eine der ersten Amtshandlungen Feinleves sei gewesen, Wilson telegraphisch um die sofortige Entsendung von Ärzten, Krankenpflegern und Sanitätsmaterial zu bitten.

Die Lage in Russland ähert ernst.

Berlin, 27. Sept. Der russische sozialdemokratische Ab- geordnete zur Moskauer Bauernpartei-Konferenz, Kabanow- witsch (Sorbonne-Professor), passierte in besonderer Mi-

tion von Kerenski an Ribot Bergen. Er bezeichnete laut „Rostocker Zeitung“ die Lage Russlands als äußerst ernst. Aber keiner der leitenden Männer denke an einen Frieden. Gleichzeitig wird von anderer Seite berichtet, daß unterrichtete russische Kreise die Mitte Oktober in Bern zusammentretende Friedenskonferenz als sehr günstig ansehen. Rußland werde bei ihr durch den ge- wählten Minister für soziale Arbeiten und jetzigen Gesandten in Bern, Tserenow, vertreten sein.

Kornilow in Haft.

Petersburg, 27. Sept. (Peterb. Tel.-Ag.) Der frü- here Oberbefehlshaber Kornilow und andere Generale und Offiziere, die an dem Aufstand teilgenommen haben, sind in der letzten Nacht im Sonderzug nach Wychow in der Pro- vinz Mohilew gebracht worden, wo sie bis zur Eröffnung des Prozesses in Haft gehalten werden.

Briefkasten der Redaktion.

S. N. 36 im Felde. Der Höchstpreis für Kriegseife ist hier für 50 Gramm auf 20 Pfg. festgesetzt. Kernseife 1.50 bis 8 M., das Kilo, je nach Fettgehalt. Feinseife (Kollifeseife) 12 M., das Kilo und Schmierseife 65 Pfg. bis 5.20 M., das Kilo, je nach Fettgehalt.

Hffs. 3. Warkshau Ueber Angefragtes können wir keine Fest- stellungen machen.

Wasserstand des Rheins.

27. September. Schusterinsel 1.65 m gef., 3 cm, Rehl 2.56 m gef., 2 cm Maxau 4.17 m, gef., 4 cm, Mannheim 3.18 m, gef., 4 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Lebie Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Anserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Lebensmittel

**Neue Salzheringe
Marinierte Weissfische
Geräucherte Seefische
Neue Salz- u. Essiggurken**

Große Auswahl feinsten
Fleischkonserven

- Gänsebraten in Weinspik
- Poularde in Weinspik
- Geflügelklein in Weinspik
- Geflügel-Salmi in Gemüse
- Kaninchenbraten in Madeiraturke
- Kaninchenbraten mit Sauerkraut
- Lammbraten mit Sauerkraut
- Delikat.-Fleischpaste mit Gänseleber
- Feinste getrüffelte Gänseleberpastete
- Sardinen in Oel und Bouillon.

**Frisches Gemüse
Kartoffel-Verkauf**

Geschwister 1092
KNOPF.

Städt. Sparkasse Durlach. Die 7. Kriegsanleihe.

Wir haben auch für die neue Kriegsanleihe die Sammelzeichnungen nach dem bei den drei vorhergehenden Anleihen sich gut bewährten Verfahren beibehalten und zu diesem Zwecke eine

Sammelstelle

eingerrichtet, um wieder denjenigen Personen, die sich an der Zeichnung auf die Kriegsanleihe mit dem Mindestbetrag von M. 100.— nicht beteiligen können, Gelegenheit zu geben, kleinere Beträge unter folgenden Bedingungen als Darlehen zur Verfügung zu stellen:

- Es dürfen Beträge von M. 1.— an gezeichnet werden.
- Die gezeichneten Beträge müssen spätestens bis zum 18. Oktober 1917 bei der Städtischen Sparkasse einbezahlt werden. Die Zahlung kann in bar oder durch Abschreibung an einem bestehenden Sparguthaben bewirkt werden.
- Die eingehenden Beträge werden vom 18. Oktober 1917 auf die Dauer von 3 Jahren als nachlässbares Darlehen angenommen und während dieser Zeit mit 5% verzinst. Die Zinsen werden aus jeder vollen Mark vergütet; sie werden alljährlich dem Kapital zugeschlagen und alsdann mitverzinst. Das Kapital mit den angewachsenen Zinsen wird am 18. Oktober 1920 ohne Kündigung zur Rückzahlung fällig. Bei Wegzug des Gläubigers und in sonst genügend begründeten Fällen kann die Rückzahlung auch früher erfolgen. Die Rückzahlung kann sowohl in bar als auch durch Guthabensaufschlagung auf ein Sparbuch geschehen.
- Jeder Einzahler erhält für den eingezahlten Betrag eine auf seinen Namen ausgestellte Quittung.
- Die Städtische Sparkasse ist berechtigt, den jeweiligen Inhaber (Vorzeiger) der Quittung als empfangsberechtigten anzusehen und an ihn Zahlung zu leisten.
- Die Städtische Sparkasse verpflichtet sich, die eingehenden Beträge zum Einkauf von Reichsanleihe zu verwenden. Die angekauften Stücke werden Eigentum der Städtischen Sparkasse.

Die Einrichtung der Sammelstellen bietet jedem die Möglichkeit, sich nach seinen Kräften auch mit den geringsten Mitteln an der Aufbringung des Aufwandes für die Kriegsanleihe zu beteiligen und damit seiner vaterländischen Pflicht zu genügen. Die weitgehendste Bemü- gung dieser Einrichtung kann daher nur dringend empfohlen werden.

1087

Durlach, den 18. September 1917.

Der Verwaltungsrat.

Kinder!

Sammelt Spitzwegerich und Kernobstkerne.

Der Tierkubverein, Söfentstr. 26 (täglich 12.10) kauft für Kerne von Weiseln und Birnen 40 Pfg. für den halben Liter und für den Bündel Spitzwegerich 10 Pfg. 1090

Gemüse-Gezlinge

von Birling, Weisstraß, Rot- trauf und Winteralat werden am **Freitag** nachmittags von 2 bis 5 Uhr in der Gärtnerei Weisstraß abgegeben. 1088

Preis 100 Stück 1 M.
Städt. Gartenamt.

Um ein Magazin zu räumen, verkaufe ich sehr billig: eiserne Bettstelle polierte Bettstelle, Bettstelle mit Post, ganze kompl. Betten, Stühle, Gader, Küchen- küchelt, Küchenstühle, Nachtschilde, Waschtische, Waschkommode mit Marmor, ein- und zweiflügelige Schränke, polierte Schloßer, Pfeilerkommode, Kommode mit Schubladen, Stamm-Gasheerd mit Unterlag, Stamm-Gasheerd, Kinderbettstelle, tomal, Kinder- bett mit Hochhaaren, Nähmaschine, Kleiderständer und sonst versch. Krämer, An- und Verkauf Kaiserstraße 69, Ede Wald- hornstraße. 1085

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
PELZE
Plüsch-Garnituren in großer Auswahl. Kriegsangeh. Ausnahmepreise.

Milchversorgung betr.

Die städtische Gesundheitsverwaltung bittet mit Beginn des 1. Oktober ds. J. den direkten Vertrieb einer besonderen „Stur- und Kindermilch“ ein. Statt dessen wird vom 1. Oktober an die Ausgabe der städtischen Gesundheitsamt übernommen. Sie kommt als „Vorzugsmilch“ in ganzen oder halben Liter-Flaschen abgefüllt, zum Preise von 80 Pfg. für das Liter und 30 Pfg. für das halbe Liter zur Ausgabe.

Durch saubere Gewinnung und sachgemäße Behandlung eignet sich diese Flaschen-Milch ganz besonders als Frischmilch für kleine Kinder und Kranke.

Sie wird selbstverständlich nur an Vollmilchverforgungs- berechnete gegen Vollmilchkarte ausgegeben. Anmeldungen zum Bezug der Flaschenmilch werden bei dem städtischen Milch- amt Bahringergasse 45/47 sowie durch alle Vollmilchverfänger, in Empfang genommen. Auch die bisherigen Bezüher der „Vorzugsmilch“ haben sich neu anzumelden, wenn sie die Flaschen- milch weiterbezügen wollen.

Für jede Milchflasche wird ein Pfand von 40 Pfg. erhoben, welcher Betrag bei Rückgabe der leeren Flaschen zurückvergütet wird.

1084

Karlsruhe, den 26. September 1917.
Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Zur Selbsterhaltung sollen auch in diesem Jahre die Steine von rohen, gelochten oder gedörrten Nirschen, Pfannen, Querschnitten, Mirabellen, Reineclauden, Aprikosen (Pflirsche nicht), sowie Kirschen, Apfelsinen, Zitronenkerne gesammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Ablieferung müssen die einzelnen Sorten von ein- ander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das städtische Gartenamt, Ettlingerstraße, das Gadenw 1, Kaiserallee, und die Gemeindefretariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Bei den Sammelstellen werden bezahlt für:

- Nirschen-, Pfannen-, Zwetschgen-, Reineclauden-, Mirabellen- und Aprikosen-Steine 10 Pfg. für das Ag.
- Kirschensteine 15 Pfg. für das Ag.
- Apfelsinen- und Zitronenkerne 35 Pfg. für das Ag.

Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allge- meinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzumerfen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen ab- zuliefern.

1890

Karlsruhe, den 18. Juni 1917.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Bestandsaufnahme der Gasthauswäusche betr.

Die Vorzüge für die von der Reichsbesoldungsstelle vor- geschriebene Bestandsaufnahme können Inhaber von Gastwirts- schaften und Pensionen in der Verwaltung der Städt. Be- soldungsstelle, Kaiserstraße 91, in der Zeit vom 26.—29. Sep- tember in Empfang nehmen. 1085

Karlsruhe, den 25. September 1917.
Das Bürgermeisteramt.

Konsum-Berein Durlach u. Umgegend. Einladung zur ordentlichen General-Versammlung

am Samstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr
im Saal zum „Grünen Hof“ in Durlach.

Tagesordnung:

- Geschäfts- und Kassenbericht.
- Bericht des Aufsichtsrats.
- Revisionsbericht über stattgefundene Revisionen.
- Vorlage der Bilanz und Genehmigung derselben.
- Entlastung des Vorstandes.
- Wahlprüfung über die Verlesung des Reingewinns.
- Wahlprüfung über die Festsetzung des Prozenttages für Sparendagen und Geschäftsanteile.
- Ergänzungswahl in den Vorstand.
- Ergänzungswahl für zum Militär eingezogene Aufsichtsrats- mitglieder.
- Anträge.

Die Mitglieder oder deren Frauen werden ersucht, alle zu erscheinen.

Anträge, welche nicht mindestens 3 Tage vor der Genera- lversammlung eingereicht worden sind, können nicht auf die Tages- ordnung gesetzt werden (§ 29 des Statuts). 1089

Der Aufsichtsrat:
Christian Dahn, Vorsitzender.

Das Städt. Schwimm- u. Sonnenbad

am Rheinhafen ist ab Montag, den 1. Oktober 1086
geschlossen.

Frachtbrieft

in sauberer Ausführung
liefert
Buchdruckerei „Volksfreund“.

Gedenket der Kriegsgefangenen!

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt

Höchst- u. Richtpreise

gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 27. Sept. bis 30. Sept. 1917 einschließlich.

Gemüse:

Rosenkohl geschlossen	1 Pfund	50-60 Pfg.
Rosenkohl offen	1 Stück	20-25 "
Winterrüben	1 Stück	30-40 "
Winterrüben	1 Pfund	12 "
Winterrüben	1 "	16 "
Winterrüben	1 "	9 "
Winterrüben	1 "	13 "
Winterrüben	1 "	24* "
Schwarzwurzeln	1 "	50-60 "
Büchbohnen, grüne und gelbe	1 "	24-26 "
Stangenbohnen, grüne und gelbe	1 "	32-35 "
Karotten, kleine runde, ohne Kraut	1 "	19 "
längliche	1 "	13 "
gelbe	1 "	9 "
weiße	1 "	8 "
Schwartz	1 "	12 "
Schwartz	1 "	10 "
Schwartz	1 "	6 "
Schwartz	1 "	10 "
Schwartz	1 "	6 "
Schwartz	1 "	3-12 "
Schwartz	1 "	3-10 "
Schwartz	1 Pfund	40 "
Schwartz	1 Pfund	19 "
Schwartz	1 Stück	3-8 "
Schwartz	1 Pfund	12 "
Schwartz	1 "	8-10 "
Schwartz	1 "	85* "
Schwartz	1 "	50 "
Schwartz	1 "	40 "
Schwartz	1 Stück	2-10 "
Schwartz	1 Pfund	3-10 "
Schwartz	1 Stück	6-17 "
Schwartz	1 "	2-4 "
Schwartz	1 Pfund	20 "
Schwartz	1 "	17* "
Schwartz	1 "	25 "

Pilze:

Ritterlinge	1 Pfund	40 Pfg.
Steinpilze	1 "	40-50 "

Obst:

Äpfel, Gruppe I	1 "	60* Pfg.
II	1 "	32* "
III	1 "	15* "
Birnen, Gruppe I	1 "	55* "
II	1 "	28 "
III	1 "	12 "
Zwetschen	1 Pfund	30* "
Erdbeeren	1 "	60* "
Große Weinberg-Äpfel	1 "	38* "
Kleine Weinberg-Äpfel	1 "	24* "
Trauben	1 "	100 "
Preiselbeeren	1 "	55* "
Quitten	1 "	30* "

Die mit einem * versehenen Preise sind Höchstpreise.

In allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Karlsruhe, den 26. September 1917.

Preisprüfstelle für Marktwaren.

Sieben erschienen:

„Der Neue Welt-Kalender“

für 1918.

Preis 50 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung „Volksfreund“, Luisenstraße 24. — Telefon 128.

Stadtgarten Karlsruhe.

Bei schönem Wetter

Sonntag, den 30. Sept. 1917, vorm. von 11 bis 12 Uhr aus Anlaß der bevorstehenden Hindenburgfeier

Früh-Konzert

zum Besten der Kriegswitwen u. Waisen (Bad. Heimatbank)

ausgeführt von der

Feuerwehr- und Bürgerkapelle

Musikleiter: Herr Militär-Obermusikmeister a. D. S. Liese.

Eintrittspreise für den Stadt- und Tiergarten:

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und Kinder unter 10 Jahren 10 S.
Inhaber von Kartenbesitzer und sonstige Personen 30 S.
Soldaten vom Feldweibel abwärts 20 S.
einschließlich Vortragsordnung.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

Kaninchenzucht-Verein

Stammverein Karlsruhe.

Samstag den 29. und Sonntag den 30. September findet im Gartenpavillon der „Brauerei Schreymp“, Beiertheimer Allee, eine

Vereins-Schau

von Kaninchen aller Rassen statt, verbunden mit Ausstellung verarbeiteter und roher Felle, Geräte usw. Bei dieser Schau wird der Verein auch geschlachtete Tiere zum Verkauf bringen.

— Eintritt 20 Pfg. pro Person. —

1080

Der Vorstand.

+ Bruchleidende +

bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezial-Vertreter ist am Sonntag, den 30. September, mittags von 11 bis 2 Uhr in Karlsruhe, „Parkhotel“, und Samstag, den 29. September, morgens von 10 bis 4 Uhr mittags, in Haxelt, „Bahnhofhotel“, mit Mustern borenwänter Bänder, sowie mit n. Gummi- und Federbändern, neuesten System, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi, Hängeleib-, Leib- und Muttervorkalbinde, wie auch Geradenhalter und Krautfederstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben sachgemäher Versicherung auch gleichzeitig streng diskrete Behandlung.

Ph. Steiner Sohn, Bandagist u. Orthopädist, Konstantz i. B. Wessenbergstraße 15. Telefon 515. 1079

Für die Hinterbliebenen-Fürsorge des badischen Heimatbank

Silber-Sammlung

eröffnet worden, bei welcher entbehrliches Silbergerät, auch zerbrochene und schadhafte Gegenstände, sowie verfilberte und vergoldete Stücke unentgeltlich angenommen werden. Jeder Spender erhält ein Erinnerungsblatt, oder bei Abgabe von Gegenständen im Verkaufswert von mindestens Mk. 10.— eine eiserne Denkmünze. — Die Sammelstelle befindet sich im Gebäude der Münzverwaltung, Stephanienstraße 28. 1091

Die Vorsitzende des Ortsausschusses:

Fran u. Gehins.

Daniel's Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe

Aus Seide:

Mantelkleider, Jackenkleider
Mäntel, Paletots, Jacken
Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke

Grosse Auswahl. — Billige Preise. 1000

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren u. Weingrosshandlung, Telefon 741

Die Einlösung der abgeholt Käse-Gutscheine

erfolgt am Freitag den 28. September der unten verzeichneten Reihe nach in unserer Verkaufsstelle Amalienstrasse 27. Um prüfen zu können, dass jede Haushaltung nur einmal Käse erhält, müssen die Ausweisarten für Lebensmittel zum Abstempeln vorgezeigt werden. Jeder Inhaber eines Gutscheines erhält

1/2 Pfd. Limburger Käse

zum Preis von 40 Pfg.

Das Geld bitten wir abgezahlt bereit zu halten.

Nr. 2501-2600	nachmitt.	2-1/3 Uhr
„ 2601-2700	„	1/2 3-3
„ 2701-2800	„	3-1/2 4
„ 2801-2900	„	1/2 4-4
„ 2901-3000	„	4-1/2 5
„ 3001-3100	„	1/2 5-5
„ 3101-3200	„	5-1/2 6
„ 3201-3300	„	1/2 6-6
„ 3301-3400	„	6-1/2 7
„ 3401-3500	„	1/2 7-7

1088

Kinderarzt Dr. Eugen Blattner

ist zurückgekehrt und wohnt jetzt 1084

Westendstrasse 38.

Sprechstunde: 2-3 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtsnachrichten. Josef Koch von St. Georgen, Kellner hier, mit Frieda König von Altenheim. Oskar Feig von hier, Schuhmacher hier, mit Mathilde Grundey von Durlach. Karl Zimmermann von hier, Monier hier, mit Emma Imhoff von Bruchl. Andreas Schelling von Durlach, Steindrucker hier, mit Olga Hänsle von hier. Otho Widel von Waldsiedel, Hausdiener hier, mit Anna Schlierenkämpfer von Brambauer. Franz Helm von Furtwangen, Buchbinder in Furtwangen, mit Maria Wehle von Furtwangen; Wilhelm Stober von Leutchenreut, Wagenführer hier, mit Theresia Bernert von Strahburg i. G. Wilhelm Eberhardt von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Supfle von hier. Josef Stod von Eppingen, Seiger hier, mit Anna Wischoff von hier. Alfred Oberle von hier, Schreiner hier, mit Henriette Fohler von Köln. Rudolf Schade von Struth, Lehrer in Schwarzenau, mit Mina Beiser von Reichsmarl.

Eheausheb. Konrad Schweizer von Unterfarnbach, Arbeiter hier, mit Kreuzen gesch. Stadler geb. Eicher von Gruth.

Todesfälle. Hans, alt 1 J. 6 Mon., B. Karl Karher, Rademacher. Marie Laabe, alt 80 J., Witwe von Wilhelm Laabe, Telegraphenassistent. Maria, alt 14 J., B. Karl Rüg, Schriftführer. Kathar. Keppeler, alt 88 J., Ehefrau von Jakob Keppeler, Glöckner. Alwa, alt 1 J. 5 Mon., B. Eduard Wagner, Schuhmann. Karl Reinhardt, Witwer, Privatier, alt 65 J., Theresia Kühn, alt 77 J., Witwe von Ludwig Kühn, Zimmermeister. Christiane Köhler, alt 62 J., Ehefrau von Josef Köhler, Landwirt. Paul Kunze, Lehrer, ledig, alt 21 J., Barbara Köhler, alt 86 J., Witwe von Wilhelm Köhler, Maschinist. Frieda Wernig, alt 76 J., Witwe von Carl Wernig, Stadtpfarrer. Emil Schmidt, Schlosserlehrling, alt 16 J., Luise Richter, alt 57 J., geb. Ehefrau von Rich. Richter, Fabrikant. Marie Humrich, alt 65 J., Ehefrau von Hugo Humrich, Hauptmann. Friedrich Schweizerhof, Metzger, Ehemann, alt 42 J., Otto, alt 3 J., B. Karl Wadmann, Friseur.

Opfertag: Freitag den 28. September.